



## Bundeswehr: Neue Strukturen für neue Kriege



- Bundeswehr auf dem Weg zur Kriegsführungsarmee
- Abschied von der Wehrpflicht
- Weltweite Rohstoffsicherung – auch mit Bundeswehreinsätzen
- Neuer deutscher Heldenkult
- Bundeswehr und Propagandamaschinerie
- Friedensbewegung: 30 Jahre Krefelder Appell

# Inhalt

## SCHWERPUNKT

Reform der Bundeswehr . . . . .	3
Neuer deutscher Heldenkult . . . . .	8

## GASTBEITRAG

Abschied von der Wehrpflicht . . . . .	6
--	---

## INTERVIEW

Rohstoffimperialismus mit Bayer & Co . . . . .	10
--	----

## FRIEDENSBEWEGUNG

30 Jahre Krefelder Appell . . . . .	12
-------------------------------------	----

## RUBRIKEN

Im Blickfeld: . . . . .	5, 7, 9, 10, 11
Buchbesprechung . . . . .	15
Rückseite: Friedensratschlag 2010. . . . .	16

## FOTOS

### Titelbild und Seite 4:

Zeven, 18.2.2010: 1100 Bundeswehrsoldaten werden in der Fallschirmjägerkaserne Seedorf in den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Afghanistan verabschiedet.

Quelle: Arbeiterfotografie

### Sonstige Fotos im Heft:

Seite 8: Michael Schulze von Glaser

Seite 12: de.academic.ru

Seite 13: Friedensjournal Archiv

Das nächste Friedensjournal erscheint am 14. Januar 2011

## IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

[www.frieden-und-zukunft.de/friedensjournal](http://www.frieden-und-zukunft.de/friedensjournal)

### Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag

Germaniastraße 14, 34119 Kassel

Tel.: 05 61 / 937 17574

e-mail: [peter.strutynski@gmx.de](mailto:peter.strutynski@gmx.de)

[www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)

### Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,

Lühr Henken, Hans-Peter Laubenthal,

Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,

Horst Trapp, V. i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

### Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.

c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,

Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,

60329 Frankfurt am Main,

Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951

e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@gmx.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@gmx.de)

### Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.

Frankfurter Sparkasse

BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

# Bundeswehr und Rohstoffkriege

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe des Friedensjournals behandeln wir schwerpunktmäßig die geplante Umrüstung der Bundeswehr zur weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee und das damit verbundene propagandistische Umfeld.

Wie diese Umrüstung im einzelnen aussehen soll und welche Gegenpositionen der Friedensbewegung dazu erforderlich sind, beleuchtet Tobias Pflüger in seinem Beitrag.

Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr a.D., weist in seinem Beitrag vor allem auf die Relevanz der geplanten Wehrdienstabschaffung hin.

Exemplarisch für den mittlerweile auch von Deutschland ausgehenden Rohstoffimperialismus sind die Aktivitäten des Großkonzerns Bayer. Da sich Bayer bereits langjährig mit dem unternehmenskritischen Netzwerk Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) konfrontiert sieht, haben wir Jan Pehrke als Vorstandsmitglied des Vereins hierzu in einem Interview befragt.

Die Umrüstung der Bundeswehr geht einher mit einem Propagandafeldzug auf allen Ebenen. Michael Schulze von Glaßer hat bereits vor einem Jahr in einem Beitrag für das Friedensjournal exemplarisch den Widerstand gegen die Bundeswehr-Öffentlichkeitsarbeit vor Ort dargestellt. In dieser Ausgabe wirft er ein Licht auf den neuen deutschen Heldenkult, der sicherlich vor allem der moralischen Unterstützung „unserer Bundeswehrangehörigen“ in Afghanistan dienen soll. Außerdem stellen wir seine kürzlich erfolgte Buchveröffentlichung vor, in der er sich ausführlich mit der Bundeswehr-Propagandaschlacht „An der Heimatfront“ beschäftigt.

Für uns als Friedensbewegung wäre zu diesen Entwicklungen zu sagen: „Es war einmal ...“ ein Auftrag des Grundgesetzes, dem Frieden in der Welt zu dienen. Diesbezüglich erleben wir heute gewissermaßen einen Durchmarsch von Verfassungsfeinden in Wirtschaft und Politik. Ein erster Wendepunkt markierte bereits nach

dem Ende des Kalten Krieges der Golfkrieg 1990/1991, wo viele von uns mit der Losung „Kein Krieg für Öl“ auf die Straße gingen. Was seitdem ein handfester Hintergrund der Politik von USA, NATO und EU darstellt, wird auch in Deutschland mit dem Bundeswehrweißbuch 2006 offen thematisiert. „Abhängig von gesicherter Rohstoffzufuhr in globalem Maßstab“ wird seitdem schrittweise immer offener die Militärdoktrin im Kontext nationaler Wirtschaftsinteressen propagiert. Für den früheren Bundespräsidenten erwies sich eine diesbezügliche Äußerung noch im Mai als Tabubruch mit den bekannten Konsequenzen.

Bei der jüngsten Äußerung von Minister Guttenberg („offen und ohne Verklemmung“) zu den deutschen Wirtschaftsinteressen (siehe auch Rubrik „Im Blickfeld“ auf Seite 7 dieser Ausgabe) hielt sich der öffentliche Aufschrei bereits in engeren Grenzen. Wir sollen damit an die neue Doktrin schrittweise gewöhnt und den Rohstoffimperialismus als selbstverständlich ansehen. Anstatt in eine wirklich nachhaltige Entwicklung zu investieren, befestigen die Regierungen der reichen Staaten ihre Wohlstandsinseln gegen den Rest der Welt – mit einer schrittweise voranschreitenden neuen Weltkriegsordnung. Dazu muss der größte Militärpakt aller Zeiten, die NATO, gestärkt, die EU militarisiert und die Bundeswehr in eine effektive Interventionsarmee „transformiert“ werden.

Der sich zuspitzende globale Kampf um Rohstoffe und Energien, um die heute schon Kriege im Irak, in Afghanistan und in Afrika geführt werden, steht im Mittelpunkt des Friedensratschlages 2010. In Kassel werden wir am 4. und 5. Dezember nach Antworten jenseits von Krieg und Gewalt suchen.

Diejenigen Leser, die sich noch nicht zum Friedensratschlag angemeldet haben, finden auf der Rückseite dieser Ausgabe das vorgesehene Programm und die Adresse zur Anmeldung.

Karl-Heinz Peil

# Bundeswehr auf dem Weg zur Kriegsführungsarmee

von Tobias Pflüger, Informationsstelle für Militarisierung e.V., Tübingen

Am 7. Juni 2010 wurde Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) offiziell vom Bundeskabinett der Auftrag erteilt, einen grundsätzlichen Umbau der Bundeswehr vorzunehmen. Vor allem die zahlenmäßige Größe, die Frage der Wehrpflicht und die der Einsatzfähigkeit im Ausland standen auf der Agenda. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wieker, ließ daraufhin fünf Modelle einer zukünftigen Armee erstellen und prüfen und gab seine Empfehlung ab im „Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010“ (im Folgenden GI-Bericht genannt), veröffentlicht auf der Homepage der Bundeswehr am 31. August 2010.

Zuvor hatte zu Guttenberg am 23. August 2010 den parlamentarischen Vertretern der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP und am Nachmittag den Medien und eine Woche später dem Verteidigungsausschuss des Bundestags die Empfehlung seines Generalinspektors einer zukünftigen Armee vorgelegt. In diesem Bericht des Generalinspektors wurde festgelegt, eine „Schwerpunktverlagerung zu professionelleren Streitkräften“ gemäß dem „Trend zu kleineren, aber leistungsfähigeren, hochmobilen und hochtechnisierten Streitkräften“ (GI-Bericht, S.12), wie in anderen westlichen Staaten auszuplanen. Weiterhin wird in diesem Bericht der Anspruch erhoben, dass Deutschland eine „politische Führungsmacht in Europa“ (GI-Bericht, S.13) sein müsse.

## Kernpunkte der Reform

Deshalb könne „die politische und militärische Zielsetzung für die Zukunft nur lauten: Eine im Umfang reduzierte Bundeswehr muss effizienter, schlagkräftiger, moderner und besser ausgerüstet sein als heute. Sie muss auch den Anspruch erheben, in ihrem Einsatzwert weiterhin zur Spitze in NATO und EU zu zählen.“ Und weiter: „Unser Streitkräfte der Zukunft müssen über flexible und professionelle Strukturen verfügen, reaktionsschnell, gut

ausgebildet und ausgerüstet sein und den politisch Verantwortung tragenden ein breites Fähigkeitsspektrum zur Verfügung stellen. Dieses reicht vom hochintensiven Gefecht über Stabilisierungsoperationen, Beobachtermis-sionen sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen bis hin zu humanitären Hilfeleistungen.“ (GI-Bericht, S.22).

Kernpunkt des Vorschlags ist die Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr innerhalb der nächsten sechs Jahre von derzeit 252.000 auf einen Mindestumfang von 163.500 Soldat/inn/en, der sich aus 156.000 Zeit- und Berufssoldat/inn/en sowie 7.500 freiwillig Wehrdienstleistenden (FWD) zusammensetzt. Bei diesem Modell würde die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt werden.

Die FWDs könnten sich ab 2013 für zwölf bis höchstens 23 Monate bei der Bundeswehr verpflichten und dürfen im Gegensatz zu den Grundwehrdienstleistenden (GWDL) in Auslandseinsätze entsandt werden. Da die Musterung entfallen soll, wird ihre Rekrutierung über eine schriftliche Einladung und eine gegebenenfalls anschließende, freiwillige Verpflichtung sichergestellt. Es soll auch geprüft werden, ob Frauen ebenfalls die Einstellung als FWD beantragen dürfen (vgl. GI-Bericht, S.56). Nach den Diskussionen innerhalb von CDU und CSU sieht es nun so aus, dass sich der Gesamtumfang der Bundeswehr auf 180.000 bis 190.000 Soldat/inn/en einpendeln wird. Ein längere Zeit favorisiertes Modell mit einem Gesamtumfang von 210.000 Soldat/inn/en unter Beibehaltung der Wehrpflicht ist nach der gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU am 26. September 2010 vom Tisch. Formal fällt der Beschluss innerhalb von CDU und CSU erst Ende Oktober bzw. Mitte November 2010 auf Parteitag. Dort wollen die Parteiführungen den Delegierten eine Aussetzung der Wehrpflicht vorschlagen.

Das Bundesverteidigungsministerium rechnet sich aus, mit dem vorge-

schlagenen Modell für lang anhaltende Dauereinsätze wie auf dem Balkan oder in Afghanistan künftig mindestens 10.000 Soldat/inn/en und für zeitlich begrenzte Einsätze deutlich mehr als diese Zahl für den Auslandseinsatz zur Verfügung zu haben (vgl. GI-Bericht, S.39). Eine wesentliche Motivation für den Umbau der Bundeswehr war ja nach Ansicht zu Guttenbergs die zu geringe Anzahl an Soldat/inn/en für den Auslandseinsatz. Die gegenwärtige Struktur lässt kaum mehr als 7.000 Bundeswehrangehörige, die in den Einsatz geschickt werden können, zu. Für das empfohlene Modell spräche nach Angaben des Generalinspektors vor allem Folgendes: „In keinem anderen Modell ist der prozentuale Anteil der Soldatinnen und Soldaten, der für Auslandseinsätze grundsätzlich vorgesehen werden können, so groß wie in diesem Modell“ (S.39). Von den 163.500 sind 133.500 Soldat/inn/en für die Verwendung im Ausland vorgesehen (vgl. GI-Bericht, S.49). Das sind 81,7%. „Dieser qualitativ neue Ansatz erlaubt im Vergleich mit Partnern wie GB, FRA, ITA und ESP eine deutliche Herabsetzung des Streitkräfteumfangs der Bundeswehr, ohne sicherheitspolitische Einschränkungen und ohne bündnispolitisch an Gewicht zu verlieren“ (S.53), so der GI-Bericht zum vorgeschlagenen Modell.

## Neue Personalstruktur

Nicht nur die zahlenmäßige Stärke der Bundeswehr soll reduziert werden, sondern es wird eine völlig neue Personalstruktur angestrebt. Die Einstellungsdauer der Soldat/inn/en auf Zeit (SaZ) soll von gegenwärtig zwölf Jahren auf 20 und mehr Jahre angehoben werden (vgl. GI-Bericht, S.59). Die Anzahl der Mannschaften soll deutlich erhöht, hingegen soll die Anzahl der Offiziere verringert werden (vgl. GI-Bericht, S.32). Der Hintergrund hierfür ist, dass einerseits damit Infanteriekräfte für Aufstandsbekämpfung und Ausbildung von Militär und Polizei in Afghanistan gewonnen werden können, an denen es bislang gemangelt habe. Andererseits müssen die in den Ruhe-

stand wechselnden Offiziere aus dem Verteidigungsetat versorgt werden. Diese Vorgabe soll künftig verringert werden und würde, so die Hoffnung, mehr Geld für neue Rüstungseinkäufe frei machen. Generell sollen „Möglichkeiten geschaffen werden, um Personal (...) bedarfs- und zeitgerecht einstellen und freigeben zu können“. (GI-Bericht, S.59).



Wie oben bereits erwähnt, wird die Wehrpflicht voraussichtlich zum 1. Juli 2011 ausgesetzt werden. Eine Abschaffung, also die Streichung der entsprechenden Passagen aus dem Grundgesetz, wird ausdrücklich von Guttenberg abgelehnt, da im Ministerium die Wehrpflicht als eine „Rückversicherung“ (GI-Bericht, S.54) gesehen wird. Sie soll reaktiviert werden können, wenn dies der Bundesregierung wieder politisch opportun erscheint. Aus friedenspolitischer Sicht ist aber nicht die Aussetzung, sondern die Abschaffung der Wehrpflicht als staatlichem Zwangsdienst geboten. Zur ihrer einstweiligen Aussetzung führte nach dem GI-Bericht folgender Gesichtspunkt: „Die Zahl der Grundwehrdienstleistenden kann signifikant verringert werden. Ihr militärischer Einsatzbeitrag ist schon allein durch den seit vielen Jahren bestehenden parlamentarischen Konsens begrenzt, Grundwehrdienstleistende nicht für Auslandseinsätze heranzuziehen. Der Mehrwert der allgemeinen Wehrpflicht besteht (...) in ihrem Beitrag zur Nachwuchsgewinnung“ (GI-Bericht, S.18). Gerade die Rekrutierung verlief nicht mehr einträglich genug, denn es konnten zwar jährlich 7.000 bis 8.000 Grundwehrdienstleistende für eine Weiterverpflichtung als Soldaten auf Zeit gewon-

nen werden, dem steht aber gegenüber, dass annähernd 10.000 Berufs- und Zeitsoldat/inn/en für ihre Ausbildung benötigt werden (vgl. GI-Bericht, S.18).

### Qualitative Abrüstung statt Aufrüstung fordern

Statt die Bundeswehr weiter zu einer Armee für den Auslandseinsatz und für den Krieg umzuwandeln, die Bundeswehr also kriegsführungsfähiger zu machen, ist es friedenspolitisch geboten, die Bundeswehr grundlegend abzurüsten. Notwendig ist eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Das heißt, es müssen zuerst die Teile der Bundeswehr abgerüstet werden, mit denen Krieg - wie z. B. in Afghanistan - geführt wird und geführt werden kann.

Daher ist eine schrittweise „qualitative Abrüstung“ der Bundeswehr, vor allem der kriegsführungsfähigsten Einheiten, zu fordern. Als allererster Schritt muss die Elitetruppe der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), aufgelöst werden. Diese weitgehend am Parlament vorbei geführte Spezialtruppe ist an vorderster Linie auch an (geheimen) Kommando-Einsätzen, (völker-) rechtswidrigen Festnahmen und gezielten Tötungen Verdächtiger beteiligt.

### Kriegsführungsstrukturen müssen abgebaut werden

Als nächstes müssen die weiteren Strukturen der Bundeswehr, mit denen Krieg geführt wird oder werden kann, abgebaut werden. Dazu gehören sämtliche Eingreifkräfte bzw. Einsatzkräfte sowie die Befehls- und Übungszentralen für die Militär- und Kriegseinsätze. Zu nennen sind hier z. B. das Einsatzführungskommando, die Division Spezielle Operationen (DSO), das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) sowie die Eingreifkräfte der 1. Panzerdivision, der Deutsch-Französischen Brigade, der Division Luftbewegliche Operationen sowie alle den Eingreifkräften zugeordneten Einheiten der jeweiligen Teilstreitkräfte. Bei der Marine sind dies z. B. die

Kampfschwimmer und die „Spezialisierten Einsatzkräfte der Marine“ (SEK-M).

Das politische Ziel bezüglich der Bundeswehr muss sein, zum Grundgesetz zurückzukommen; zuerst zu einer reinen Verteidigungsarmee (Grundgesetz nach der Wiederbewaffnung 1956) und dann zu gar keiner Bundeswehr (Grundgesetz von 1949). Die Abrüstung der Bundeswehr soll schrittweise erfolgen, dabei sollen die kriegsführungsfähigsten Teile zuerst abgerüstet werden. Die Abrüstung ist zu begleiten durch Konversionsprogramme für die Soldat/inn/en und für die Liegenschaften der Bundeswehr. Ziel ist es, die Soldat/inn/en in sinnvolle zivile Berufe wiedereinzugliedern.

### Alle Auslandseinsätze beenden

Deutschland hat derzeit (laut Homepage des Bundesverteidigungsministeriums vom 22. September 2010) 7.315 Soldat/inn/en auf drei Kontinenten in zwölf verschiedenen Einsätzen im Ausland stationiert. In der Reihenfolge der Anzahl der entsandten Soldat/inn/en handelt es sich um (1) den ISAF-Einsatz in Afghanistan und Usbekistan mit rund 4.765 Soldat/inn/en, (2) den KFOR-Einsatz im Kosovo mit 1.490 Soldat/inn/en, (3) die EU-geführte Operation „Atalanta“ in den Seegebieten um Somalia mit 330 Soldat/inn/en, (4) die UNIFIL-Operation im Libanon mit 300 Soldat/inn/en, (5) die NATO-Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer mit 215 Soldat/inn/en, (6) den EUFOR-Einsatz in Bosnien und Herzegowina mit 125 Soldat/inn/en, (7) die Flüge des „Straitairmedevac“ von Deutschland aus mit 40 bereit gehaltenen Soldat/inn/en, (8) die UNMIS im Sudan mit 32 Soldat/inn/en, (9) die EUTM in Somalia mit zehn Soldat/inn/en, (10) die UNAMID im Sudan mit fünf Soldat/inn/en, (11) die EUSEC in der Demokratischen Republik Kongo mit drei Soldat/inn/en und (12) die UNAMA in Afghanistan mit einem Soldaten.

Friedenspolitisch ist die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze

der Bundeswehr dringend vonnöten. Der Schwerpunkt der Kampagne gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr muss auf der Forderung nach einem sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan liegen. Dort ist die Bundeswehr an einem brutalen Krieg beteiligt, von dem die dortige Zivilbevölkerung direkt betroffen ist. Die bisher schlimmsten Kriegstötungen durch die Bundeswehr gab es durch das von Bundeswehroberst Georg Klein angeordnete Massaker nahe Kundus vom 4. September 2009, bei dem ungefähr 142 Menschen durch die von diesem Bundeswehroffizier angeordnete Bombardierung umgebracht wurden.

### Keine Bundeswehr in den Schulen

Die Bundeswehr hat in einigen Bundesländern (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz ) Kooperations-

vereinbarungen mit den Kultusministerien geschlossen, die der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen verschaffen sollen. Diese Kooperationsvereinbarungen sind auf allen Ebenen abzulehnen und müssen weiterhin kritisch begleitet werden. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen! Wenn der geplante Umbau der Bundeswehr realisiert, die Wehrpflicht ausgesetzt und an ihre Stelle der FWD treten wird, werden die Streitkräfte anders als bisher an ihren Nachwuchs kommen müssen. Vor allem der FWD soll von den vorerst angepeilten 7.500 Stellen bei erhoffter Etablierung, unterstützt von (im-) materiellen Zuwendungen, auf eine fünfstellige Anzahl anwachsen. Es ist mit einem noch intensiveren Werbeeinsatz der Bundeswehr an Schulen und in den Arbeitsagenturen zu rechnen. Die Zielgröße der jährlichen Rekrutierung sind 20.000 Soldat/inn/en. Von den zum Zeitpunkt einer Erhebung im Auslandseinsatz befindlichen 6.391 Soldat/inn/en

stammten 3.143 Soldat/inn/en aus Ostdeutschland, das sind 49,2 %, obwohl die Ostdeutschen nur rund 20 % der Bevölkerung ausmachen. Bei den vier Generälen im Auslandseinsatz war kein Ostdeutscher dabei, bei den Stabsoffizieren nur 16,6 % und bei den Mannschaften waren 62,5 % (!) aus Ostdeutschland. Die Bundeswehr und die Bundesregierung nutzen die wirtschaftlich und sozial schlechtere Situation von Menschen aus, um sie für die Bundeswehr zu rekrutieren.

Die Bundeswehr wird immer mehr zu einer kriegsführenden Armee gemacht, das sorgt auch für eine Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft. Die schrittweise, qualitative Abrüstung (zuerst der kriegsführungsfähigsten Teile), die Beendigung der Auslandseinsätze, insbesondere in Afghanistan, und die Rekrutierungen und Werbemaßnahmen für die Bundeswehr, insbesondere an Schulen, muss gestoppt werden!

## IM BLICKFELD

### Für die meisten Amerikaner bleibt der Krieg eine Abstraktion

Verteidigungsminister Gates hat sich kritisch über die Abschaffung der US-Wehrpflicht in den 1970-er Jahren geäußert. Eine reine Berufsarmee schaffe gefährliche Entwicklungen.

Eine reine Freiwilligen-Armee berge immer die Gefahr der wachsenden Distanz zwischen Gesellschaft und Streitkräften [...].

In den USA lasse sich dies etwa an der Reaktion auf die Kriegseinsätze im Irak und in Afghanistan beobachten: «Für die meisten Amerikaner bleibt der Krieg eine Abstraktion, egal wie positiv sie dem Militär gegenüberstehen», sagte Gates. In den Augen der meisten Bürger sei der Einsatz in Afghanistan «eine entfernte und unangenehme Abfolge von Nachrichten, die sie aber nicht persönlich betrifft».

#### Zu wenig Freiwillige aus Grosstädten

Gates wies zudem darauf hin, dass sich eine reine Berufsarmee gegenüber der Gesellschaft und der öffentlichen Meinung abkapseln könne. «Mit der Zeit besteht das Risiko, das sich ein Kader von Militärführern herausbildet, der politisch, kulturell und geografisch immer weniger gemein hat mit den Leuten, auf deren Verteidigung sie ihren Eid abgelegt haben.»

In den USA beispielsweise kämen überdurchschnittlich viele Freiwillige aus konservativen ländlichen Gebieten und aus den ebenfalls konservativen Südstaaten. Zu wenige Soldaten kämen hingegen aus den moderneren Küstenstaaten oder aus Grosstädten.

#### Keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Eine Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht, die in den 70-er Jahren nach dem Vietnamkrieg abgeschafft worden war, schloss Gates aber aus. Dies wäre nicht nur «politisch unmöglich», sondern auch «höchst unpraktikabel», weil die US-Armee «auf den Schlachtfeldern des 21. Jahrhunderts» auf professionelle Soldaten mit guter Ausbildung und viel Erfahrung angewiesen sei.

Gates rief ausdrücklich die Absolventen von Elite-Universitäten in den USA auf, sich in grösserer Zahl zum Armeeeinsatz zu melden. «Wenn die besten und klügsten unserer jungen Leute sich nicht melden, auf wen können wir dann zählen, um dieses Land im 21. Jahrhundert zu schützen und seine Grösse zu wahren?»

Quelle: Baseler Neue Zeitung / [www.bazonline.ch](http://www.bazonline.ch) 29.09.2010

## Abschied von der Wehrpflicht - Marsch, marsch in die Zukunft!

von Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr a.D.

und Vorstandsmitglied der kritischen SoldatInnenvereinigung "Darmstädter Signal"



Politischer Konservatismus bedeutet gemeinhin, aus Überzeugung am Altbewährten festzuhalten sowie Distanz zum modernistischen Zeitgeist zu wahren. Diese Geisteshaltung korrespondiert mit der üblicherweise im Militär vorherrschenden, das ja ebenfalls nicht eben als Hort der gesellschaftspolitischen Avantgarde gilt. Umso erstaunter stimmt es, wenn der adlige Vorzeigekonservativer Karl-Theodor zu Guttenberg unisono mit der von dem Oberst der Reserve Frank-Jürgen Weise geleiteten Bundeswehrstrukturkommission, die linken Gesinnungstums ebenfalls völlig unverdächtig ist, kaltlächelnd empfiehlt, die zweitheiligste Kuh im Stall der bundesdeutschen Sicherheitspolitik zu schlachten. (Die allerheiligste und zugleich unantastbare bleibt der Status der Bundeswehr als Vasallentruppe der US-amerikanischen Hegemonialmacht im Rahmen der NATO). Fest steht der Entschluß zum Ausstieg aus dem anachronistischen Zwangsdienstsystem der seit 1956 bestehenden allgemeinen Wehrpflicht (die freilich seit langem nicht mehr allgemein ist) – ungeachtet der Bedenken all jener Lord-siegelbewahrer dieses „nationalen Ehrendienstes“, die nicht allein in den reaktionär-konservativen Kreisen des politischen Establishments dieses Landes, sondern interessanterweise in großer Zahl auch unter Sozialdemo-

kraten, Linken und nicht zuletzt auch unter Friedensbewegten zu finden sind. Das Credo dieser parteiübergreifenden Allianz von Wehrpflichtbefürwortern lässt sich als „Reichswehrsyndrom“ charakterisieren. Letzteres hatte zu Zeiten der einstmalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Merz, idealtypisch auf den Punkt gebracht, als er ausführte: „Wir sind das einzige Land im Bündnis, das aufgrund seiner Geschichte nicht auf eine über lange Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte ungebrochene Militärtradition zurückgreifen kann. Gerade weil wir nicht auf eine ungebrochene Militärtradition zurückgreifen können, brauchen wir nach meiner festen Überzeugung ... auf Dauer die Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durch die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht.“ Was zu diesem seit Jahrzehnten gebetsmühlenartig durch die Debatte geisternden Argument anzumerken ist, brachte Guttenberg lakonisch auf den Punkt, nämlich: „intellektuell sehr überschaubar.“ Dasselbe gilt für die beliebte Äußerung der Wehrpflichtapologeten, die Wehrpflichtarmee sei „intelligenter“. Hierzu kommentierte der Minister, dies wäre „eine Beleidigung für unsere vielen Berufs- oder Zeitsoldaten, als ob diese nur einen IQ von 80 hätten und marodierend durch die Welt laufen würden.“ In der Tat, denn immerhin besitzt ein Großteil des Offizierskorps einen Universitätsabschluss, während die Unteroffiziere nach Verpflichtungszeit abgestufte, hochwertige Ausbildungsgänge für unterschiedlichste Zivilberufe absolvieren. Zudem lässt sich nicht bestreiten, dass sich die Mehrheit von Zeit- und Berufssoldaten innerhalb der Bundeswehr im Verlaufe der fast sechzig seit ihrer Gründung vergangenen Jahre in ihrem Denken und Handeln überwiegend als demokratieverträgliche Staatsbürger in Uniform geriert haben. Im Gegensatz zur Reichswehr der Weimarer Republik, in der ganz systematisch ein „Gesinnungssoldatentum“ etabliert wurde, ist die Funktionse-

der Bundeswehr in einer rechts- und sozialstaatlich verfaßten, freiheitlichen Bundesrepublik aufgewachsen, erzogen und sozialisiert worden. Der Primat der Politik ist im Prinzip unangefochten, die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, und sie bleibt dies weiterhin, auch wenn sie sich zukünftig ausschließlich aus Freiwilligen rekrutieren wird. Das Konzept der Inneren Führung, das den kritischen Staatsbürger in Uniform zum Leitbild hat, besitzt für die Führungskultur der Bundeswehr konstitutiven Charakter – und bliebe auch in einer Freiwilligenarmee *conditio sine qua non* (Bedingung, ohne die nicht ..). Selbst dezidierte Protagonisten einer Beibehaltung der Wehrpflicht bezeichnen daher „die Argumentation, dass eine Berufsarmee als Staat im Staate eine Gefahr für die Gesellschaft sei, als absurd“.

Ohnehin liegen die wesentlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Integration der Streitkräfte nicht im Rekrutierungssystem, sondern zuallererst in den institutionellen Rahmenbedingungen eines demokratisch verfassten Staatswesens begründet: der Wehrgesetzgebung, der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte, dem Amt der oder des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, dem Deutschen Bundeswehrverband als Interessenvertretung, der kritischen Begleitung durch Medien und Öffentlichkeit und nicht zuletzt in einer sorgfältigen Personalauswahl ihrer Zeit- und Berufssoldaten. Auf diese Faktoren wird in Zukunft deshalb besonders zu achten sein.

Zudem beweist ein Blick in die Geschichte, dass gerade die Wehrpflichtarmeen besonders mißbrauchsanfällig waren. Denn die Wehrpflichtigen, die in den Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskriegen der jüngeren Vergangenheit als Kanonenfutter dienten, hatten praktisch keine Chance sich ihrer Zwangsrekrutierung zu entziehen. Historisch betrachtet sind Wehrpflicht und Konzept des totalen Krieges siamesische Zwillinge, ermöglichte erst die Wehrpflicht die Volks-

und Eroberungskriege des 19. und 20. Jahrhunderts. Und auch nach dem Ende des Kalten Krieges hat der Umstand, dass es sich bei der Bundeswehr um eine Wehrpflichtarmee handelte, ihren Missbrauch im Rahmen verfassungs- und völkerrechtswidriger Angriffskriege gegen Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001 und Irak 2003 mitnichten verhindert. Dieser Missbrauch, den Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seiner hochgelobten Ansprache anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses vor dem Reichstag in Berlin geflissentlich unerwähnt ließ, haben interessanterweise seine Parteigenossen zusammen mit den Bündnisgrünen, die in jenen Jahren in Berlin regierten, zu verantworten. Und auch in der aktuellen Debatte um die Aussetzung der Wehrpflicht im Kontext der anstehenden Streitkräftetransformation ist es wiederum der sicherheitspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, der sich – Grundgesetz hin oder her – als felsenfester Lobbyist des Zwangsdienstes hervortut. Überhaupt gefällt sich dieser Genosse seit langem in der Pose eines Westentaschen-Noske, ob es nun um Kampfhubschrauber, Eurofighter oder Leopard-Panzer für den Krieg am Hindukusch geht oder die besitzstandswahrende Erhaltung einer anachronistischen Wehrstruktur, die Hunderten von Bundeswehrgenerälen ihre fetten Dienstposten sichern soll. Wobei festzustellen ist, dass Guttenbergs radikale Schrumpfungspläne bislang jedenfalls noch keinen der Goldbesten Generäle zu öffentlich geäußelter Kritik veranlasst haben – offenbar fügt sich die Generalität schicksalsergeben ins Unvermeidliche. Genosse Arnold indes sorgt sich vornehmlich darum,

ob Deutschland mit einer deutlich verkleinerten Armee zukünftig noch seinen Verpflichtungen im Atlantischen Bündnis nachkommen können und übt dabei den vorauseilenden Kottau vor der Führungsmacht. Eine wahrlich bemerkenswerte Haltung für ein Mitglied der Partei, die ursprünglich einmal Frieden und Abrüstung, Anti-Militarismus und das Postulat „Nie wieder Krieg“ zu ihrer Rason erklärt hatte – ein Kurt Schumacher würde sich wohl im Grabe umdrehen.

Dagegen mag man von Deutschlands politischem Shooting Star im Bendlerblock halten, was man will, aber im Unterschied zu seinen reformunwilligen bis -unfähigen Vorgängern im Ministeramte hat er den Schneid, das zu tun, was schon vor zwanzig Jahren hätte angepackt werden müssen – und bekommt hierfür den vollen Flankenschutz der Weise-Kommission. Unübersehbar haben beide keine Bange, die Pfründe all jener im politischen Establishment zu gefährden, die vom bisherigen Wehrsystem profitieren. Zum Beispiel die Wiederwahl all jener Abgeordneten, die ein Direktmandat in Wahlkreisen errungen haben, in denen in Folge der Streitkräftereduzierung nun die Garnisonen und Kasernen geschlossen werden. Das betrifft in allererster Linie die großen Parteien CDU/CSU und SPD – ein Schelm, wer sich was dabei denkt, dass gerade aus deren Reihen der stärkste Widerstand gegen die Pläne zur Aussetzung der Wehrpflicht kommt, während die kleinen Parteien, also FDP, Grüne und Linke, schon seit langem für deren Ende plädieren.

Gewichtiger freilich als die Genugtuung über das längst überfällige Aus für einen anachronistischen Zwangs-

dienst erscheinen die Defizite und Probleme des nun bevorstehenden Radikalumbaus der Bundeswehr. So werden dem Motto der Weise-Kommission – „vom Einsatz her denken“ – zufolge Struktur und Umfang der deutschen Streitkräfte auf im multinationalen Rahmen stattfindende internationale Einsätze, deren Spektrum vom Peace-Keeping bis zum umfassenden Kriegsszenario reicht, ausgerichtet, während zur gleichen Zeit die NATO-Strategen in Brüssel sich angesichts der ernüchternden Erfahrungen beim gewaltbasierten Nation-Building bei der Formulierung der zukünftigen Doktrin der Allianz, schenkt man den einschlägigen Berichten der Analysten Glauben, wohl wieder mehr auf die traditionelle Rolle eines kollektiven Verteidigungsbündnisses zurückbesinnen wollen. Überhaupt ist festzustellen, daß die deutschen Planungen zur Streitkräftereform aus einem viel zu nationalen Blickwinkel entwickelt worden sind. Zwar finden sowohl in Guttenbergs „Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr“ als auch im Bericht der Weise-Kommission bündnispolitische Aspekte Erwähnung. Was freilich bislang fehlt, ist die dringend erforderliche europäische Perspektive, das heißt die Formulierung einer Konzeption für eine Bundeswehrreform, die am Leitziel gemeinsamer europäischer Streitkräfte im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsunion orientiert wäre. Gerade hierin aber läge ein erhebliches Potential für noch viel weitergehende Streitkräftereduzierungen im Sinne der altbekannten Maxime aus dem Kalten Krieg, die da lautete: Frieden schaffen mit weniger Waffen!

## IM BLICKFELD

### Guttenberg: Sicherheit auch für Wirtschaftsinteressen

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat dazu aufgerufen, Sicherheitspolitik und Wirtschaftsinteressen enger miteinander zu verbinden. "Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten", sagte Guttenberg am Dienstag auf der Europäischen Sicherheitskonferenz in Berlin.

Der Zusammenhang von regionaler Sicherheit und Wirtschaftsinteressen in unserem Lande sollte "offen, ohne Verklemmung" ausgesprochen werden. In diesem Zusammenhang äußerte Guttenberg sein Befremden an der heftigen Kritik, die dem früheren Bundespräsidenten Horst Köhler entgegengeschlagen war, als er diesen Zusammenhang von nationalen Wirtschaftsinteressen und Sicherheitspolitik "offen ausgesprochen" habe.

Quelle: RP-Online.de / 09.11.2010

## Neuer deutscher Heldenkult

von Michael Schulze von Glaßer, freier Journalist, Kassel

44 Bundeswehr-Soldaten (Stand: Oktober 2010) haben mittlerweile in Afghanistan ihr Leben gelassen. Aufgrund der neuen Strategie offener auf die heimische Bevölkerung zuzugehen und sich nicht nur hinter Barrikaden und Panzerstahl zu verstecken wächst das Risiko für die Soldaten. Und einen Termin für den Truppenabzug gibt es immer noch nicht. So scheint es mehr als sicher, dass noch weitere Soldaten aus Deutschland in Afghanistan fallen werden. Und nicht nur dort. Seit Jahren betreiben Bundesregierung und Verteidigungsministerium eine Expansion deutscher Militärinterventionen im Ausland.

### „Fürs Vaterland sterben“

Der Ernstfall Auslandseinsatz ist zum Normalfall geworden. Doch was Politiker einfach beschließen ist in der Bevölkerung umstritten: Tote und traumatisierte deutsche Soldaten verkaufen sich schlecht. Die Zustimmung zu Kriegspolitik und Auslandseinsätzen wie dem in Afghanistan ist gering. Die Politik reagiert mit der Etablierung eines neuen Heldenkults: Sterben für das Vaterland soll sich wieder lohnen.

und Totenkults um Verständnis und Zustimmung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu werben. Am 6. Juli 2009 wurde erstmals das von Jung gestiftete „Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit“ an Soldaten verliehen. Zu den schon bestehenden Einsatz- und Ehrenmedaillen der Bundeswehr kam die erste Auszeichnung für besondere Tapferkeit – die Form der neuen Medaille entspricht dem des schon im ersten und zweiten Weltkrieg von der jeweiligen deutschen Armee für Tapferkeit verliehenen Eisernen Kreuzes. Ein weiterer großer Schritt zur Etablierung eines neuen Kultes um deutsche Soldaten war die Errichtung des am 8. September 2009 feierlich von dem damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (CDU) eingeweihten Ehrenmals der Bundeswehr am Berliner Sitz des Verteidigungsministeriums.

### Soldaten-Glorifizierung

In der von Bronze umhüllten Stahlbeton-Konstruktion werden die Namen aller seit Gründung der Bundeswehr 1955 im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten – über 3.100 – für je-

FÜR FRIEDEN RECHT UND FREIHEIT.“ Vom Bendlerblock, dem Berliner Sitz des Verteidigungsministeriums, vor den Reichstag verlegt wurde erstmals 2008 das jährliche feierliche Gelöbnis von Bundeswehr-Rekruten. Im vergangenen Jahr gab es am 20. Juli sogar eine Live-Übertragung des Gelöbnisses beim öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix. Dazu zog der Sender extra einen höherrangigen Soldaten zur Moderation hinzu um den Bürgern vor den Fernsehgeräten die Militärzeremonie vor dem Reichstag zu erklären.

### Mehr öffentliche Gelöbnisse

Die Zahl öffentlicher Gelöbnisse außerhalb militärischer Liegenschaften nahm unter Führung Franz Josef Jungs bundesweit zu: lag sie 2007 noch bei 134 waren es 2009 sogar 180 Gelöbnisse auf öffentlichen Plätzen. Mitte November beschloss das Verteidigungsministerium auf Initiative Karl-Theodor zu Guttenbergs so genannte Gefechtsmedaillen zu verleihen. Die Orden sollen an Soldaten vergeben werden, die "mindestens einmal aktiv an Gefechtshandlungen teilgenommen oder unter hoher persönlicher Gefährdung terroristische oder militärische Gewalt erlitten" haben. Der nächste Coup scheint kurz bevor zu stehen: die FDP fordert aktuell die Einführung eines Verwundetenabzeichens für deutsche Soldaten – der aktuelle Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat bereits Zustimmung signalisiert.

Auf die Bevölkerung scheint der Funke des Heldenkults und die Einheit der Nation – sieht man sich beispielsweise Befragungen zum Afghanistan-Einsatz an der von einer breiten Mehrheit abgelehnt wird – noch nicht übergesprungen zu sein. Dennoch scheint die Heroisierung lebender und die Glorifizierung getöteter deutscher Soldaten zumindest im rechten politischen Spektrum zu mobilisieren. Der rechtspopulistische deutsche Internet-Blog „Politically Incorrect“ (PI) wirbt



Foto: Ehrenmal am Bendlerblock in Berlin

Besonders der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) schien es sich zur Aufgabe gemacht zu haben mithilfe eines neuen Helden-

weils etwa fünf Sekunden an eine Innenwand projiziert. An einer anderen Wand steht in goldenen Lettern: „DEN TOTEN UNSERER BUNDESWEHR

schon seit Anfang des Jahres für Solidarität mit Bundeswehr-Oberst Klein, welcher den Bombenabwurf auf zwei von Taliban entführte Tanklastzüge in Afghanistan, bei dem bis zu 140 Menschen – darunter vor allem Zivilisten – ums Leben kamen, befehligte. PI bewirbt zudem die Website „Wir denken an euch“ – [www.solidaritaet-mit-soldaten.de](http://www.solidaritaet-mit-soldaten.de) –, die für Verbundenheit mit deutschen Soldaten und ihren Familien wirbt. Man wolle „Achtung für den Dienst, den sie [, die deutschen Soldaten.] im Auftrag unserer Regierung und damit im Namen der Bundesrepublik Deutschland ableisten“, heißt es auf der Website. Einen Heldenkult wolle man nach eigenen Angaben zwar nicht etablieren, tut es aber irgendwie doch. Auf der Internet-Seite können die User öffentliche Solidaritäts-Bekundungen an Soldaten schreiben. Zeichen der Soldaten-Solidarität ist eine gelbe Schleife, die ein Militaria-Versand verschickt – die Schleife ähnlich der roten AIDS-Schleife.

Einen aktionistischeren Weg geht der Betreiber von „Soldatengedenken.de – Gedenken an die Gefallenen und Getöteten der Bundeswehr“. Im April 2010 organisierte der Würzburger Torsten Heinrich einen Schweigemarsch zu Ehren in Afghanistan getöteter deutscher Soldaten. Etwa 50 Menschen folgten dem Aufruf und reihten sich hinter der wehenden Deutschlandfahne in

zwei-Reihen auf, darunter nicht wenige uniformierte Burschenschafter und Verbindungs-Studenten. Ein zweiter Schweigemarsch am 2. Mai kam nur auf eine Teilnehmerzahl von etwa 35 Personen, wurde aber immerhin vom internen Armee-Fernsehsender BundeswehrTV begleitet. Die Teilnehmerzahl der Schweigemärsche nahm weiter ab und auch von der Website des Organisatoren (Soldatengedenken.de) verschwand mittlerweile jeder Inhalt.

### Kriminalisierung von Kritikern

Ein kleiner Teil der Bevölkerung unterstützt den neuen deutschen Soldatenkult, ein Großteil zeigt das oft von Politikern und der militärischen Führung bemängelte „freundliche Desinteresse“ der deutschen Bevölkerung. Und was ist mit denen, die sich gegen den neuen Kult wehren? Wegen Volksverhetzung und Beleidigung ermittelt die Staatsanwaltschaft aktuell gegen eine Friedensgruppe aus Berlin. Das „Büro für antimilitaristische Maßnahmen“ (BamM) rief im Frühjahr 2010 unter dem Titel „Feste feiern, wie sie fallen“ zum gemeinsamen Schampus trinken vor dem Bundeswehr-Ehrenmal auf, wenn der nächste deutsche Soldat in Afghanistan „fällt“ – eine satirische Aktion die auch in der Friedensbewegung umstritten ist. Auf einem von der

Staatsanwaltschaft beanstandeten Flugblatt war ein Soldat mit Schweine- maske und Sektglas im Ehrenmal sitzend zu sehen. Nachdem am 2. April drei Bundeswehr-Soldaten bei Gefechten in Afghanistan ums Leben kamen wurde die Aktion umgesetzt – allerdings nicht vor dem Bundeswehr-Ehrenmal am Bendlerblock sondern vorm Haus der deutschen Wirtschaft in dem der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) und die Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) residieren. Die Wirtschaft profitiere von den deutschen Auslandseinsätzen, so die Begründung der Kriegsgegner.

Die gefallenen Soldaten würden dafür herangezogen den Afghanistan-Einsatz weiter zu legitimieren und einen Heldenkult aufzubauen: Es soll nur noch Deutsche geben, die um deutsche Kämpfer trauern. Die Geschlossenheit von Bevölkerung und Armee wird proklamiert“, erklärten die Antimilitaristen. Ihre Kritik am neuen Heldenkult der Bundeswehr schrieben sie in einer langen Erklärung auf ihrer Website – [www.bamm.de](http://www.bamm.de) – nieder. Die Verantwortlichen für die Aktion konnte die Staatsanwaltschaft trotz Razzia bei dem im Impressum der BamM-Website angegebenen Buchladen „Schwarze Risse“ noch nicht ausfindig machen. Die Ermittlungen gegen die Gegner des neuen Heldenkults halten an.

## IM BLICKFELD

### Bundeswehr: Traumatisierte Soldaten – Der lange Schatten des Krieges

Die Zahlen sind eindeutig und erschreckend: Bis Ende September haben sich drastisch mehr Soldaten wegen Kriegstraumata in Behandlung begeben als 2009. Experten führen dies auf die Intensität der Kämpfe zurück – doch es gibt auch einen anderen Grund.

Es sind erschreckende Daten, die das Trauma-Zentrum der Bundeswehr sammelt: Die Zahl der Soldaten, die sich wegen posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS) in Behandlung befinden, ist so hoch wie noch nie seit Beginn der Auslandseinsätze. Das berichtet die Mitteldeutsche Zeitung und beruft sich auf neueste Statistiken des Trauma-Zentrums.

Demnach lag die Zahl der 2010 behandelten PTBS-Kranken in den ersten drei Quartalen bei 483 und ist damit bereits höher als im ganzen vergangenen Jahr. Die Häufigkeit der PTBS-Fälle habe zuletzt kontinuierlich zugenommen von 149 im Jahr 2007, 245 (2008), 466 (2009) auf 483 bis Ende September 2010.

Jeder Soldat weiß mittlerweile Bescheid über jene Krankheit PTBS, die meist drei bis sechs Monate nach einem schrecklichen Ereignis auftritt – manchmal aber auch erst Jahre später. Die Betroffenen leiden unter Flashbacks: Sie durchleben eine Situation, in der sie sich völlig überfordert fühlten, immer wieder. [...]

Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch, sagte der Mitteldeutschen Zeitung: "Dass die Rückkehr an der Seele verwundeter Soldatinnen und Soldaten zunimmt, verwundert nicht. Schließlich finden vermehrt Gefechte statt. Die Soldaten erleben nicht nur, dass der Kamerad neben ihnen verwundet wird oder fällt. Hinzu kommt das Selber-töten-Müssen." Er beklagte, dass es nicht genug Therapeuten gebe. Im Frühjahr waren von 42 psychiatrischen Dienstposten in der Truppe lediglich 24 besetzt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung: 10.11.2010

# Rohstoffimperialismus – auch mit Hilfe der Bundeswehr

Interview mit Jan Pehrke, Vorstandsmitglied des BAYER-kritischen Netzwerkes CBG



**FJ:** Rohöl ist nicht nur der Treibstoff für den Straßen- und Flugverkehr. Was bedeutet eigentlich "Peak Oil" für die chemische Industrie?

Erdöl stellt für die Chemie-Industrie die mit Abstand wichtigste Rohstoff-Quelle dar. Über drei Prozent der Jahresproduktion geht an BAYER & Co. Allein die bundesdeutschen Multis brauchen pro Jahr 14 Millionen Tonnen des Stoffes, dessen weltweite Reserven bereits zu ca. 40 Prozent ausgeschöpft sind.

BAYER konkret kann seinen Bedarf nach konzern-internen Prognosen noch ca. 20 Jahre decken, danach dürfte es knapp werden. Deshalb plädiert das Unternehmen auch schon einmal fürs Umverteilen und fordert, einen größeren Anteil des Rohöls für die chemische Industrie zu verwenden statt es - etwa in Heizungen - einfach zu verfeuern.

Zudem führt die Abhängigkeit von dem Öl bereits jetzt zu Kräfte-Verschiebungen auf dem Weltmarkt. Die Förderländer haben nämlich ihre Einnahmen genutzt, um eigene Industrien mit einem privilegierten Zugriff auf die Öl-Hähne aufzubauen und so die Wertschöpfungskette zu verlängern. Besonders die in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige INTERNATIONAL PETROLEUM INVESTMENT COMPANY (IPIC) und die saudisch-arabische SABIC entwickeln sich mehr und mehr zu einem Ernst zu

nehmenden Konkurrenten für die westlichen Unternehmen.

**FJ:** Auf welchen Wegen versuchen Großkonzerne wie BAYER Ihre Interessen politisch durchzusetzen?

Die Unternehmen machen das hauptsächlich durch ihre Interessensverbände wie den „Bundesverband der deutschen Industrie“. Dieser setzte das Thema bereits im Jahr 2005 auf die Agenda und veranstaltete einen Rohstoff-Kongress, der seither alle zwei Jahre stattfindet. Darüber hinaus gibt es regelmäßige Zusammenkünfte mit Militärs und Politikern im Rahmen des so genannten „Celler Dialogs“. Auch beim letzten Weltwirtschaftsgipfel in Davos gab es ein Treffen zwischen Guttenberg und Managern zur Rohstoff-Frage, und bei der Münchner Sicherheitskonferenz war der BDI ebenfalls mit von der Partie und lud zu der Veranstaltung „Risiko Rohstoff-Versorgung“ ein.

**FJ:** Welchen Einfluss hat dieses auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik?

Die Konzerne finden ein offenes Ohr bei den Politikern. Auf den Rohstoff-Kongressen des BDI waren z. B. immer die jeweiligen Bundeskanzler zu Gast. Und sie hören nicht nur zu. So hat Verteidigungsminister Guttenberg in einem Zeitungsinterview bereits eine Neugestaltung der deutschen Sicherheitspolitik gefordert, weil die Sicherheit des Landes maßgeblich von einer sicheren Versorgung mit Energie-Rohstoffen abhängt und sich da in letzter Zeit zu viele Unsicherheitsfaktoren aufgetan hätten. Darüber hinaus hat die Bundesregierung den „Arbeitskreis Rohstoffe“ eingerichtet, an dem der BDI regelmäßig teilnimmt, und sich auch schon im Koalitionsvertrag den Versorgungszielen von BAYER & Co. verpflichtet.

**FJ:** Werden dabei auch Szenarien mit kriegesischen Auseinandersetzungen zur Grundlage strategischer Überlegungen und Planungen?

## IM BLICKFELD

### Coordination gegen BAYER-Gefahren

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) ist ein 1983 gegründeter Verein, der sich für Umweltschutz und soziale Anliegen einsetzt.

Erklärtes Ziel der CBG ist, auf Risiken der chemischen Großproduktion aufmerksam zu machen, Gefahrenpotentiale aufzuzeigen und Alternativen zu entwickeln. Insbesondere richten sich die Kampagnen der CBG gegen den Bayer-Konzern.

In der CBG arbeiten ehrenamtlich Menschen aus der ganzen BRD mit Kooperations-PartnerInnen in über 40 Ländern zusammen.

Die CBG ist eingetragener Verein seit 1983 und Mitglied beim BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz), im Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und bei Attac. Der Verein hat derzeit rund 1000 Mitglieder und Förderer.

1986 war die CBG an der Gründung des Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beteiligt, und sie ist seit 1982 auf den jährlichen Aktionärsversammlungen der Bayer AG vertreten, wo sie wiederholt die "Profitgier" des Konzerns kritisierte.

Zu zahlreichen Projekten des Konzerns wurden immer wieder Gegenanträge in den Generalversammlungen eingebracht.

Quelle: Wikipedia



Weitere Infos: [www.cbgnetwork.org](http://www.cbgnetwork.org)

Bereits die „verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 verpflichteten sich auf die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen auf aller Welt. Das 2006 erschienene Bundeswehr-Weißbuch macht die Gewährleistung der Sicherheit der Energie-Infrastruktur gleichfalls zur Aufgabe der Truppe. Und auch die 1991 in Rom verabschiedete NATO-Strategie sieht bei einer Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen einen Einsatz vor. Das in Arbeit befindliche neue Konzept des Militärbündnisses dürfte der Rohstoff-Frage noch mehr Aufmerksamkeit widmen.

Und 2007 hat der heutige Innenminister Thomas de Maizière 2007 in seiner damaligen Funktion als Kanzleramtsminister bei Sicherheitsexperten und WirtschaftsmanagerInnen das Zukunftsszenario „Energiesicherheit 2050“ bestellt. In einem seiner Planspiele geht es beispielsweise von drohenden Auseinandersetzungen mit China und Russland aus.

**FJ:** *Bei welchen militärischen Interventionen unter Beteiligung der Bundeswehr gab und gibt es bereits eine direkte Umsetzung eines solchen Rohstoffimperialismus?*

Die EU-Mission EUFOR im Kongo 2006 verfolgte mitnichten das offiziell angegebene Ziel, den regulären Ablauf der Präsidenten-Wahl zu garantieren. Es ging vielmehr darum, China und den USA beim Run auf Coltan, Kupfer und Kobalt zuvorzukommen. Nur sagen durfte man dies nicht, wie der damalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Stütze in einem Phoenix-Interview bedauert hat. Im Kongo sei das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht, sagte er da.

Gegenwärtig ist die Bundeswehr im Osten des Kongo, am Horn von Afrika, aktiv. Im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) schützt sie

dort unter anderem die vom Persischen Golf durch den Suezkanal nach Europa verlaufende Öl-Route vor Piraten. Und auch am Hindukusch wird die

Ressourcen-Sicherheit der Konzerne verteidigt. Das Thema „Afghanistan“ müsse man ebenfalls im energiepolitischen Kontext sehen, sagte Guttenberg nämlich beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos. Der Menschenrechtskontext ist dagegen für ihn nur etwas für die Galerie. Der Taz hat er einmal anvertraut, dass die Regierung diesen Grund lediglich nachgeschoben hätte, um in schwierigen Momenten die Anerkennung der Bevölkerung zu bekommen. Und in jüngster Zeit spricht er ja unumwunden Klartext.

**FJ:** *Was kann das Bayer-kritische Netzwerk CBG hiergegen tun? Ist das nicht ein Kampf von David gegen Goliath?*

Auf sich allein gestellt, ist es natürlich schwierig, etwas zu erreichen. Aber wenn sich mehrere Davids zusammenschließen sieht es schon etwas anders aus. Und ich glaube auch, dass die Öffentlichkeit in letzter Zeit verstärkt auf das Thema aufmerksam wird.

## IM BLICKFELD

### Strategische Rohstoffe: Deutschland beschwört Gefahr aus China

**Deutsche Unternehmen fürchten die Blockade ihrer Rohstoffversorgung durch China. Die Industrie greift die aggressiven Praktiken der Volksrepublik bei der Rohstoffsicherung**

Peking kontrolliere "weltweit zunehmend den Zugang zu strategischen Rohstoffvorkommen, was langfristig Versorgungsengpässe insbesondere bei seltenen Metallen" in Europa befürchten lasse, heißt es in einem Positionspapier, das der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft am Mittwoch (den 13.10.2010 - d.Red.) vorstellte. In Zentralasien sichere Peking mit "aggressiven Finanzierungspraktiken" die eigene Versorgung.

Neben dem Streit über die Währungspolitik droht ein weiterer heftiger Wirtschaftskonflikt zwischen China und dem Westen.

"Sie haben unsere vorübergehende Schwächephase genutzt und sich mit einer subventionierten Finanzierung Marktanteile gesichert", sagte der scheidende Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) bezeichnete die Ausfuhrbeschränkungen der Chinesen auf sogenannte seltene Erden am Mittwoch in Schanghai als "unfreundlichen Akt".

China kontrolliert mehr als 90 Prozent mancher seltenen Metalle und hatte die Exportquoten zuletzt verringert. Japan behauptet, China boykottiere wegen eines diplomatischen Streits derzeit sogar seine Versorgung mit seltenen Erden.

Lieferausfälle für Metalle wie Wolfram oder Germanium träfen hierzulande etwa Windkraftanlagenbauer, IT-Fertiger und die Autokonzerne. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hatte bereits zu Wochenbeginn vor einer "Rohstofflücke" gewarnt, die zur Bedrohung für die deutsche Industrie werden könne. Mangold forderte die Bundesregierung auf, eine "nachhaltige Rohstoffstrategie" zu entwickeln, um dem Problem zu begegnen. [...]

Vor allem in Zentralasien bringe China Rohstoffvorkommen offensiv unter seine Kontrolle, klagt der Ost-Ausschuss. Peking nutze dabei die Vorteile einer Staatswirtschaft, sagte Mangold: "Die Chinesen zeigen, dass sie als staatlich gelenktes System in der Krise antizyklisch handeln können." In Kasachstan oder Usbekistan decke sich China mit strategisch wichtigen Rohstoffen ein und biete dafür Kredite "quasi zum Nulltarif". [...]

Quelle: FTD Online / 13.10.2010

# „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa“ – 30 Jahre Krefelder Appell

von Horst Trapp, Geschäftsführer der Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurt a.M und

Reiner Braun, Geschäftsführer IALANA. Beide Autoren waren Mitglieder der Krefelder Initiative

Der Nobelpreisträger für Literatur, Heinrich Böll, gehörte vor 30 Jahren zu den Unterzeichnern des Krefelder Appells „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa“. In einem ausführlichen Schreiben an dessen Initiatoren begründete er seinen Schritt. Darin heißt es: „Der uralte strategische Begriff Angriff ist die beste Verteidigung – den notfalls beide Seiten für sich in Anspruch nehmen würden, macht Nach- und Aufrüstung im Zeitalter des Overkill zur Absurdität – und die Menschheit ist mit genügend Absurditäten konfrontiert: Hunger, Diktaturen, allenthalben Korruption, die immer mehr zur Selbstverständlichkeit wird“. Weise und wegweisende Worte eines großen alten Mannes, die den Lebensnerv einer anwachsenden Zahl der Deutschen berührte.

## „Wer als erster schießt, stirbt als zweiter“

Damals, im Zeitalter gegeneinander atomar hochgerüsteter Weltsysteme, galt: „Wer als erster schießt, stirbt als zweiter“. „Die neuen Atomwaffen setzen das Rüstungsgleichgewicht außer Kraft“, so die Kritiker dieses neuerlichen Aufrüstungsschrittes, wodurch die Kriegsgefahr in Europa erhöht würde.



Foto: Pershing II mit Abschussrampe

Es entwickelte sich breiter Widerstand, der im Krefelder Appell seinen deutlichsten Ausdruck fand. Der im Laufe weniger Monate millionenfach unterzeichnete Appell bestand nur aus einem einzigen Satz: Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. Die knapp 1.000 Teilnehmer des Gesprächs vom 15. und 16. November 1980 hatten einen längeren Text beschlossen, dessen oben genannter Kernsatz zum Inbegriff des Friedenswillens vieler Menschen wurde.

Der von dem damaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian verfasste Text bildete die Grundlage des Gesprächs im Krefelder Seidenweberhaus, zu dem neben Bastian u.a. Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber eingeladen hatten. In der Einladung hieß es: „Die Situation erscheint uns so dringlich, dass wir bisherige Vorbehalte im Gespräch zurückstellen sollten. Denn der Atomtod bedroht uns alle gleichermaßen“. Vorgeschlagen wurde, zu beraten, wie es möglich wird, Wege zu wirkungsvollem gemeinsamem Handeln zu finden. Und um mit gängigen Geschichtsklitterungen aufzuräumen. Der Text des Krefelder Appells stammt von Gert Bastian und nicht von Irgendjemandem aus dem Osten, wie immer wieder kolportiert wurde. Wer das anzweifelt, der sollte Bastians Aufruf vom Januar 1980 „Warum ich die Nachrüstung ablehne“ zum Vergleich seiner unverwechselbaren Diktion heranziehen.

## Polarisierung und Politisierung

Der Krefelder Appell war Ergebnis der damaligen Bedrohung und der daraus resultierenden Ängste der Menschen. Er brachte die Probleme auf den Punkt, war unter Friedensbeweg-

ten konsensfähig und trug zur Polarisierung zwischen Rüstungsbefürwortern und Rüstungsgegnern bei. Die dabei erfolgte Politisierung ist aus den heutigen Auseinandersetzungen nicht mehr hinweg zudenken. So lebt unter politisch Engagierten der Wunsch nach einer Initiative, die den Protest völlig unterschiedlicher Menschen, Initiativen und Organisationen in einer für alle nachvollziehbaren Forderung vereint, ungebrochen fort.

In der Krefelder Initiative trafen drei Generationen zusammen, wie der Schriftsteller Dieter Lattmann beobachtete. Er sah die alten Männer, die schon Verstand besaßen, als der erste Weltkrieg mit der Massenvernichtung von Millionen die industrialisierte Bestialität begann. Und die jungen Frauen und Männer der Jahrgänge, die nur Frieden und eine relative Demokratie erinnern. Als Brücke zwischen ihnen sah Lattmann „die Fünfzigjährigen und Sechziger“, die als Kriegsgeneration des zweiten Weltkriegs ein noch entschiedeneres Nie wieder gelernt haben.

## Allianz von General und grüner Umweltaktivistin

Mit dem Krefelder Appell entstand eine bis dahin nicht gekannte Allianz. Dass der General der Bundeswehr mit der grünen Umweltaktivistin Petra Kelly, einem sozialdemokratischen Abgeordneten, gemeinsam mit traditionellen „Friedenskämpfern“ aus christlichem und linkem Spektrum gemeinsam auftraten, war 1980 eine politische Sensation und eine Voraussetzung für die Ausstrahlungskraft dieser Initiative.

Die Liste prominenter Unterzeichner reichte von Wolfgang Abendroth und Heinrich Albertz bis Heidi Marie Wiczorek-Zeul und Peter Zadek. Einfacher wäre es aufzulisten, wer aus dem linken und demokratischen Lager nicht unterzeichnet hatte. Die Sozialdemokraten Erhard Eppler und Peter Glotz gehörten dazu. Sie warnten vor dem kommunistischen Einfluss, ohne

allerdings damit große Wirkung zu erzielen. Eppler wollte der „einen Weltmacht ein klares Nein entgegensetzen, doch dies geht nicht zusammen mit Leuten, die der anderen Weltmacht noch nie ein Nein zu sagen wagten“, schrieb er an den sehr geehrten Herrn Weber.

### 5 Millionen Unterschriften

Die Unterschriften wurden gezählt, notariell bestätigt, ihre Anzahl beglaubigt und diese Anzahl der Bundesregierung und der Öffentlichkeit schubweise bis zum Stand von fünf Millionen mitgeteilt. Die Veröffentlichungen wur-

doch dazu bei, dass die Mehrheit der Deutschen bis heute „kriegsunwillig“ ja pazifistisch eingestellt ist.

Besonders spektakulär war der Einfluss des Krefelder Appell auf dem Hamburger Evangelischen Kirchentag 1981. 55.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterzeichneten, Hundert-



Wie so oft bei derartigen Kampagnen entwickelte sich die Zustimmung von unten nach oben; bei der SPD, den Gewerkschaften wie auch den Kirchen. Er kam allerdings nicht „ganz oben“ an. Die Unterschriftenlisten des Appells wurden durch eine unübersehbare Vielzahl von einzelnen Gruppen überall in der Bundesrepublik verbreitet. Es ging dabei nicht nur um eine Unterschrift, sondern um ein großes Gespräch über politische Gefahren und friedliche Alternativen sowie einen allgemeinen Lernprozess. Die Organisatoren brauchten im Unterschied zu heute kaum zu mobilisieren. Die Menschen waren hoch motiviert und mobilisierten sich selbst. Demokratische Selbsttätigkeit wurde zu einer neuen Erfahrung. Die Gründung von Friedensinitiativen, die wie Pilze aus dem Boden schossen, war für viele eine wichtige Erfahrung der Selbstorganisation und des eigenen Engagements.

den in der Regel im Rahmen großer Veranstaltungen vorgenommen, was zugleich der weiteren Motivation der Friedensbewegten diene.

Der Appell wurde von Anhängern aller Parteien im Bundestag, den Grünen und der DKP getragen; von Jungsozialisten, Jungdemokraten und vielen Jugendorganisationen; von zahlreichen Friedens- und Abrüstungsinitiativen; von Mitgliedern der Gewerkschaften und Angehörigen der Verbände beider Konfessionen; von der Ökologiebewegung und der DFU; von Frauenorganisationen aller Richtungen; von der DFG/VK, Studentenverbänden, Jugendringen und Schülervertretungen; von Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Publizisten.

Der gewissermaßen als Staatsdoktrin herrschende Antikommunismus konnte die Wirkung des Appells zwar behindern, verhindern konnte er seinen Einfluss auf die bundesdeutsche Gesellschaft jedoch nicht. Trug er

tausend demonstrierten am 20. Juni in Hamburgs Innenstadt.

Die Veränderungen der friedenspolitischen Positionen der SPD – von einer Befürwortungsmehrheit auf mehreren Parteitag bis zur vollständigen Ablehnung nach dem Verlust der Regierung ist sicherlich auch dem Krefelder Appell zuzurechnen. Veränderungen auch von festgefahren Positionen sind durch das Engagement vieler Menschen, das seinen organisatorischen und politischen Ausdruck finden muss, möglich.

### Berufsbezogene Friedensinitiativen

Die Krefelder Initiative verstand sich auch als inspirierendes und einigendes Dach der neu entstehenden berufsbezogenen Friedensinitiativen. Über deren Funktion schrieb Professor Peter Starlinger von der Naturwissenschaftler-Initiative im Mitteilungsblatt

der „Berufsbezogenen, dass sie spezifische Erfahrungen in die politische Diskussion einbringen können. „Dabei ist es gleich“, so Starlinger, „ob der Naturwissenschaftler über neue Waffen aufklärt, ob der Arzt uns zeigt, warum er im Falle eines Krieges uns nicht helfen können, oder ob der Journalist aufdeckt, wie in einer freien Presse die Friedensbewegung totgeschwiegen werden kann. In allen diesen Fällen tragen Menschen Kenntnisse, über die nicht jeder von uns verfügt, zur gemeinsamen Diskussion bei“.

Die Krefelder Initiative stellte in einer Veröffentlichung 20 „Berufsbezogene Initiativen“ vor. Sie reichten von Architekten für den Frieden und Betrieblichen Friedensinitiativen bis Sportler gegen Atomraketen und Sprachwissenschaftler für den Frieden. Sie nahmen eine unterschiedliche Entwicklung. Einige haben, wie die Ärzte und die Naturwissenschaftler, Vereine mit einer festen Mitgliedschaft gegründet, andere arbeiten als lose Zusammenschlüsse oder existieren überhaupt nicht mehr in organisierter Form.

Die Krefelder Initiative stand weiter für vielfältigen Aktivitäten wie großen Foren, Künstlerfesten, einem deutsch-amerikanischen Friedensfest, einer internationalen Friedensstafette, Aktionen der „Berufsbezogenen Friedensinitiativen“ und örtlichen Diskussionsrunden. Durch prominente Musiker wurde auch Kultur in seiner ganzen Breite und Vielfalt zu einem mobilisierenden Faktor.

Auch Anstöße zu weiteren Aktionen gingen von den „Krefeldern“ aus. So entstand ein neuer friedenspolitischer Diskurs von unten, der nicht nur Atomwaffen prinzipiell ablehnte, sondern die NATO als Zentrum des Militarismus generell infrage stellte. Zivile Konfliktbearbeitungsstrategien wurden verstärkt entwickelt. Dabei spielte die (damals noch) pazifistische Partei „die Grünen“ eine wichtige Rolle. Ihr erstmaliger Einzug in den Deutschen Bundestag war ein Meilenstein auch für parlamentarische Veränderungen.

Nach dem Scheitern der Regierung Schmidt 1982 stimmte der Bundestag unter Kanzler Kohl im Jahr

1983 mehrheitlich der Stationierung der neuen Atomraketen zu. Die „Krefelder“ entwickelten daraufhin im November 1984 die neue Kampagne „Hiroshima mahnt-Stoppt den Rüstungswahnsinn“. Die sofortige Beendigung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles wurde darin als wichtigster Beitrag der Bundesrepublik zum erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen genannt. Die atomare Aufrüstung sollte demnach gestoppt, die militärische Nutzung des Weltraums verboten und der Rüstungshaushalt eingefroren werden.

### Heute: Kriegsgefahren mit neuer Propaganda

Zwar gaben die friedenspolitischen Vorschläge Michael Gorbatschows der Perspektive einer Welt ohne Atomwaffen neue Impulse. Doch heute, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, ist die Gefahr eines Atomkrieges nicht gebannt und bleibt eine politische Herausforderung. Selbstmandatierte, völkerrechtswidrige Kriege um politischen und wirtschaftlichen Einfluss drohen zu eskalieren, Atomwaffen lagern einsatzbereit nach wie vor auf deutschem Boden, und der Einsatz atomarer Waffen ist weiterhin Bestandteil der Kriegsführungsstrategien. Widerstand entwickelt sich zögerlicher, weil die Kriegsgefahr nicht mehr am Fulda - Gap (Kriegsführungszone Nahe Fulda) erlebbar, sondern sich sehr viel weiter entfernt aufbaut. Zudem führen viele Menschen ihren täglichen Kampf gegen die Widrigkeiten einer rücksichtslosen neoliberalen Politik.

Widerstand entwickelt sich konkret: 1980 wie heute. Gegen Stuttgart 21, die Atomenergie oder auch gegen neue Kriege. Spontan oder organisiert. Dabei werden grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Aktionstätigkeit deutlich. So durch das Internet und die gesamte elektronische Kommunikation, durch die viel stärkere internationale Vernetzung des Protestes, aber auch durch das deutlich erkennbare kurzfristige und projektorientierte Engagement der handelnden Akteure.

Heute sollen die Deutschen im Zuge einer Neujustierung der deutschen Außen- und Militärpolitik wieder

an den Krieg gewöhnt werden. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und Krieg für „unsere Ressourcen“ soll überall auf der Welt legitim werden. Neue Propagandamuster ersetzen den historischen Antikommunismus, genannt seien nur die Stichworte „Terrorismus“ und „Islam“.

Da ist es angebracht, sich zu erinnern. Der Krefelder Appell und die Bewegung, die sich um ihn herum entwickelte, brachten zwar nicht das unmittelbar angestrebte Ergebnis. Sie führten jedoch zu einem Bewusstseinswandel und dem Glauben an die eigene Kraft, wie sich in zahlreichen aktuellen Auseinandersetzungen um vorwiegend innenpolitische Themen zeigt. Die damaligen Auseinandersetzungen verweisen aber auch darauf, dass außerparlamentarische Initiativen die gesellschaftliche Hegemonie in politischen Fragestellungen gewinnen können.

Für die Friedensbewegten unterstreicht der Rückblick auf den Krefelder Appell: Es ist gut und wichtig, sich organisationsübergreifend auf überschaubare Ziele zu einigen, und um diese eine Auseinandersetzung zu führen. Das ist bekanntlich nicht immer einfach, weil die zahlreichen Organisationen und Initiativen breit gefächerte spezifische Ziele verfolgen. Im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan ist das Zusammenführen mit dem gemeinsamen Appell jedoch ebenso gelungen, wie es sich beim Kampf gegen die Atomrüstung abzeichnet.

Der Krefelder Appell ist nicht wiederholbar, aus den dabei gemachten Erfahrungen lernen können wir allemal. Erinnern lohnt sich.

Unterschriften für den Aufruf:

### Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

bitte an die Redaktionsanschrift des Friedensjournals (siehe Seite 2) einsenden. Unterschriftenlisten zum Ausdruck sind abrufbar unter [www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)

## Propagandistische Aufrüstung auf breiter Front

Michael Schulze von Glaßer: *An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr*. PapyRossa, Köln 2010, 260 Seiten, 16,00 Euro.

Eine zunehmende Herausforderung für die Friedensbewegung ist die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und insbesondere das zunehmend aggressivere Auftreten für die Nachwuchswerbung in Schulen. Letzteres wird vor allem mit den mittlerweile 94 hauptamtlichen und 300 nebenamtlichen Jugendoffizieren in Verbindung gebracht sowie den in einigen Bundesländern mit den Kultusministerien abgeschlossenen Kooperationsabkommen.

Die gesamte Bandbreite der Bundeswehrpropaganda ist jedoch den meisten Menschen hierzulande kaum bewusst. Deshalb ist es eine sehr verdienstvolle Arbeit, dass Michael Schulze von Glaßer hierzu ein umfassendes und gut recherchiertes Kompendium erstellt hat.

Vorangestellt ist dieser Arbeit eine Einführung, in der der notwendige Kontext zur inneren Militarisierung in Deutschland aufgezeigt wird, z.B. in Gestalt der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMS).

Recht ausführlich werden dann die Gründe analysiert, warum die Bundeswehr zunehmend Schwierigkeiten bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses hat. Das größte Problem liegt hierbei – auch das Image betreffend – nicht in Deutschland, sondern in Afghanistan. Zwar ist die Bundeswehr in der Bevölkerung akzeptiert, dem steht jedoch die breite Ablehnung des Einsatzes am Hindukusch entgegen. Neben der Nachwuchs-Rekrutierung geht es deshalb auch um „moralische Unterstützung“ für „unsere Bundeswehrangehörigen“.

Die Beschreibung der Öffentlichkeitsarbeit erfolgt in drei Kapiteln:

- Bw-eigene Werbeveranstaltungen
- Bw-eigene Medien
- Die Bundeswehr in zivilen Medien

Das hier dargestellte Material beinhaltet eine Fülle von Bundeswehraktivitäten, die dem Leser eine Vielzahl neuer Einblicke gewährt.

Im Kapitel über bundeswehreigene Werbeveranstaltungen werden zwar

sicherlich eher bekannte Aktivitäten der dargestellt, jedoch ist deren Gesamtumfang sicherlich den wenigsten Lesern bewusst.

Dieses gilt natürlich weniger für die bundeswehreigenen Medien, die allgemein weniger bekannt sind. Gerade deshalb ist dieses Kapitel besonders informativ. Beispielhaft kann hier das "Bundeswehr-TV" genannt werden.

Das Kapitel über die Bundeswehr in öffentlichen Medien ist sicherlich das wichtigste, da hier die Haupt-Propagandaschlacht geführt wird: In Print- und Online-Medien, Radiowerbung, Kino- und Fernsehspots.

Auch Spezialthemen wie die Rolle der Bundeswehr-BigBand oder die der Sportsoldaten bei der Bundeswehr werden behandelt.

Dass für die Leser des Buches sich sehr viel Neues - d.h. bisher unbekanntes - erschließt, liegt natürlich auch einfach daran, dass der größte Teil der Propagandaarbeit der Bundeswehr zielgruppengerichtet erfolgt, z.B. in zivilen Medien über das Teenagemagazin BRAVO oder bei bundeswehreigenen Veranstaltungen mit einem Orchesterwettbewerb unter dem fetzigen Titel "Musix and More".

Zusammenfassend ergibt sich damit das Bild einer mittlerweile sehr professionell angelegten Propagandaarbeit der Bundeswehr mit einer Nutzung aller heutzutage verfügbaren Medien und in Kenntnis deren jeweiliger Relevanz.

In einem weiteren Kapitel wird die Nachwuchsrekrutierung der US-Armee beschrieben. Mit einem Umfang von 7 Seiten fällt dieses Kapitel etwas knapp aus, allerdings handelt es sich hierbei natürlich eher um einen Exkurs. Zumindest wären aber hier etwas weiterführende Quellen als Literaturhinweise wünschenswert gewesen, z.B. auch über die Rolle der Zusammenarbeit des Pentagon mit Hollywood.

Ebenfalls etwa knapp gehalten ist das letzte Kapitel, das exemplarisch den vorhandenen Widerstand gegen



die Bundeswehraktivitäten in der Öffentlichkeit beschreibt.

Insgesamt aber ist an dem Buch die Gesamtzahl von 857 benannten Literaturstellen zu würdigen. Dabei ist der Autor alles andere als ein „Schreibtischtäter“, sondern kann auf mittlerweile vier Jahre lange Recherchen zu diesem Buch verweisen, in denen er zahlreiche Messestände, Bundeswehr-“Karriere-Treffs“, Musikkorps-Konzerte, Tage der offenen Tür, Wehrdienstberatungen in Arbeitsämtern, Gelöbnisse u.a. besucht hat. Mittlerweile ist er deshalb für die Bundeswehr kein unbeschriebenes Blatt und es häufen sich für ihn deshalb die Fälle, wo er trotz Presseausweis den Zugang zu solchen Veranstaltungen versperrt bekommt.

Sein Buch ist deshalb keineswegs nur eine Fleißarbeit, sondern ein praktisches Hilfsmittel für den Widerstand vor Ort bei öffentlichen Auftritten der Bundeswehr.

Für dazu notwendige Gegenveranstaltungen empfiehlt sich der Autor mit seinem Buch auch als erste Adresse bei Bedarf für qualifizierte Referenten.

Karl-Heinz Peil



*Kampf um Rohstoffe, Wasser, Energie -  
Die Ausplünderung der Welt stoppen -  
Die atomare Selbstzerstörung der Menschheit verhindern*

**17. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2010  
in Kassel, Universität, Standort: Wilhelmshöher Allee 73  
Samstag/Sonntag, 4./5. Dezember 2010**

## **Samstag, 4. Dezember**

**Einlass und Anmeldung ab 11 Uhr**

### **12.00-14.30 Uhr Plenumsvorträge (Aula)**

**Ein Blick auf Friedensforschung und -bewegung** - *Dr. Peter Strutynski, Kassel, AG Friedensforschung*

**Wie soziale Ungleichheit globale Konflikte verursacht** - *Prof. Dr. Ueli Mäder, Inst. für. Soziologie, Uni Basel*

**Afghanistan und die geostrategischen Ambitionen der großen Mächte** - *Dr. Matin Baraki, Uni Marburg*

**„Heißer Herbst“, „Stuttgart 21“: Demokraten demonstrieren, Rechtspopulisten regieren** - *N.N.*

### **14.45-16.15 Uhr Parallele Foren und Workshops**

*Diskussionsrunden mit Ueli Mäder, Matin Baraki und N.N.*

A4: Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen zwischen USA, Europa und China - *Lorenz Knorr, Frankfurt a.M.*

A5: Im Visier die ganze Welt: Zur neuen Strategie der NATO - *Dr. Erhard Crome, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung*

A6: Ein neuer „Global Player“? - Brasilien und der Aufbruch Lateinamerikas - *Achim Wahl, Berlin*

A7: Wettlauf um den Rohstoffreichtum der Arktis - *Jürgen Nieth, Redaktion von „Wissenschaft & Frieden“*

A8: Mit Sanktionen Iran in die Knie zwingen? - *Ali Fathollah-Nejad, Essen/London*

A9: Hintergründe des Kampfes gegen den Terror in Afrika - *Prof. Dr. Werner Ruf, Edermünde/Kassel*

### **16.30-17.30 Uhr Plenum (Hörsaal)**

**Reden vor Gericht – Lesung und Gespräch** - Mit Heinrich Hannover

### **17.45-19.15 Uhr Parallele Foren und Workshops**

B1: *Diskussion/Signierstunde mit Heinrich Hannover*

B2: Afghanistan – Ein politischer Reisebericht - *Christine Buchholz, MdB Die Linke*

B3: Die Türkei: NATO-Partner, Ordnungsfaktor und Nahost-Vermittler - *Murat Çakir, Kassel, Rosa-Luxemburg-Stiftung*

B4: Somalia und der Verlust der Staatlichkeit - *Niko Weinmann, Uni Kassel*

B5: Der Auswärtige Dienst der Europäischen Union: Ein Instrument der Militarisierung? - *Jürgen Wagner, Tübingen, IMI*

B6: Die Bundeswehr in Schulen und im öffentlichen Raum - *Michael Schulze von Glaßer, Kassel*

B7: Außer Versprechungen nichts gewesen? UN-Millenniumsentwicklungsziele - *Dr. Ljiljana Verner, Hannover*

B8: Ist Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt zerschellt? - *Regina Hagen, Darmstadt, „Wissenschaft & Frieden“*

B9: Wenn Neonazis in der Friedensbewegung wildern: - *Helge von Horn, Kassel*

## **Sonntag, 5. Dezember**

### **9.00 Uhr: Plenumsvortrag (Aula)**

**Balkan: Region des Friedens oder Region der „kontrollierten“ Instabilität?**

*Živadin Jovanovic, Belgrad, ehemaliger Außenminister Jugoslawiens*

### **10.00-11.45 Uhr Parallele Foren und Workshops**

C1: *Diskussionsrunde mit Živadin Jovanovic*

C2: 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr: Bilanz und Kritik - *Maybritt Brehm, Christian Koch, Kassel*

C3: Sudan vor dem Referendum: Neuer Bürgerkrieg? - *Maria Oshana, Hamburg, Jan van Aken, MdB Die Linke*

C4: Vereitelte Chancen: Kein Frieden in Nahost - *Karin Leukefeld, Journalistin*

C5: Das neue strategische Konzept der NATO - *Uli Cremer, Hamburg, Grüne Friedensinitiative*

C6: Rückt Europa nach rechts? - *Dr. Ulrich Schneider, VVN-BdA, FIR-Internationale Föderation der Widerstandskämpfer*

C7: Brauchen wir eine neue EU oder gar keine? - *Tobias Pflüger, Tübingen, IMI*

C8: Verbrauch von Energie und Ressourcen radikal senken - *Dr. Detlef Bimboes, Berlin*

C9: Das Soziale verteidigen! Sachstand und Widerstand - *Bernhard Nolz, Siegen, PädagogInnen für den Frieden*

### **12.00-13.45 Uhr: Plenum**

**Kriege beenden, Atomwaffen abschaffen - Zu den Aufgaben von Friedensbewegung und Politik**

*Mit Angelika Claussen (IPPNW), Jan van Aken (MdB), Dr. Jürgen Rose (Darmstädter Signal), Julia Hillebrandt (SDS), Horst Schmitthener (IG Metall); Mod.: Dr. Sabine Schiffer*

### **13.45 Uhr: Schlusswort; Ende des Kongresses**

**Anmeldung per eMail: peter.strutynski@gmx.de (AG Friedensforschung, Germaniastr. 14, 34119 Kassel)**